



Bild: DV Bern.

Jahresbericht 2025

Rapport annuel 2025

Nr. 16 der Schriftenreihe der FDP.Die Liberalen
Herausgegeben vom Generalsekretariat

Publication n°16 du PLR.Les Libéraux-Radicaux
Éditée par le Secrétariat général

Verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 27.06.2026
Adopté par l'Assemblée des délégués du 27.06.2026

*Der Jahresbericht 2025 ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch/jahresbericht verfügbar.
Le rapport annuel 2025 est disponible sur www.plr.ch/apport-annuel.*

Inhaltsverzeichnis / Table des matières

1	Aufstehen und Kämpfen	4
2	Delegiertenversammlungen (DV)	6
2.1	Delegiertenversammlung vom 18. Januar 2025 in Bern (BE)	6
2.2	Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2025 in Hergiswil (NW)	6
2.3	Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 in Bern (BE)	7
3	Votations populaires.....	8
3.1	Votation fédérale du 9 février 2025	8
3.2	Votations fédérales du 28 septembre 2025	8
3.3	Votations fédérales du 30 novembre 2025	8
4	Kantonale Wahlen / Parteipräsidenten-Konferenzen / Sekretären-Konferenzen	9
4.1	Kantonale Wahlen	9
4.2	Parteipräsidenten-Konferenzen.....	9
4.3	Sekretären-Konferenzen.....	10
5	Digital und Multimedia.....	11
5.1	IT-Infrastruktur	11
5.2	Applikationen, Tools & Services	11
5.3	Datenschutz.....	12
6	Das parlamentarische Jahr 2025	13
6.1	Frühjahrssession – 3. März bis 21. März 2025.....	13
6.2	Sommersession – 2. bis 20. Juni 2025	15
6.3	Herbstsession – 9. September bis 26. September 2025.....	18
6.4	Wintersession – 1. Dezember bis 19. Dezember 2025	22
7	Nahestehende Organisationen.....	25
7.1	FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz	25
7.2	FDP.Die Liberalen Service Public	26
7.3	FDP International.....	28
7.4	Jungfreisinnige Schweiz	29
8	Anhang – Annexe	30
8.1	Vernehmlassungsantworten / Réponses aux consultations.....	30
8.2	Vorstand per 31. Dezember 2025 – Comité directeur au 31 décembre 2025	30
8.3	Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2023 – Comité du Groupe au 31 décembre 2023.....	30
8.4	Kontakte – Contacts	31

1 Aufstehen und Kämpfen

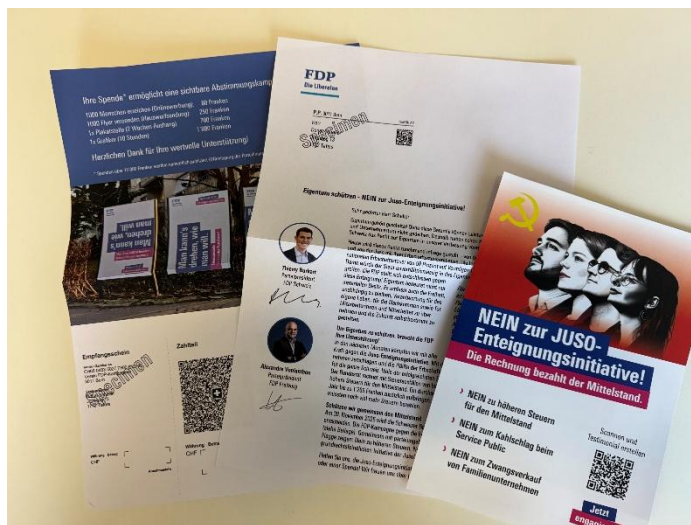
Danke, Thierry. Mit dem Rücktritt von Thierry Burkart im Oktober 2025 gingen vier Jahre zu Ende, in denen er die FDP.Die Liberalen mit klarem Kompass, Integrität und unermüdlichem Einsatz geführt hat. Wir danken ihm herzlich für seine Führung, mit der er die Partei organisatorisch modernisiert, die Kampagnenfähigkeit gestärkt und unser bürgerlich-liberales Profil erkennbar geschärft hat.

Willkommen, Susanne und Benjamin. Mit der einstimmigen Wahl von Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher und Ständerat Benjamin Mühlemann startete die FDP in ein neues Kapitel und setzte ein starkes Zeichen für Geschlossenheit und liberale Erneuerung. Das neue Co-Präsidium übernahm die Leitung mit der klaren Vision, die Sicherheit als Fundament für Freiheit und Wohlstand zu stärken, das Team FDP zu stärken und die Partei mit frischer Energie in Richtung der Wahlen 2027 zu führen. Wir heissen Susanne und Benjamin in ihren neuen Rollen herzlich willkommen und freuen uns darauf, gemeinsam mit ihnen und ihrem Team die Zukunft unserer liberalen Bewegung zu gestalten.

Los geht's, Damian! Mit der Ernennung von Ständerat Damian Müller zum Wahlkampfchef haben wir ein klares Signal an die politische Konkurrenz gesendet: Die FDP ist bereit, die Wahlen 2027 mit Entschlossenheit und einer starken liberalen Bewegung zu gewinnen. Damian machte bei seinem Amtsantritt unmissverständlich klar, dass wir nicht länger zuschauen werden, wie verantwortungslose Kräfte unser Land spalten, sondern dass wir durch Einigkeit und Schlagkraft wieder zulegen wollen. Wir freuen uns, mit Damian einen erfahrenen Strategen an der Spitze der Kampagne zu wissen, der mit Kampfgeist vorangeht, um die Schweiz gemeinsam wieder auf Kurs zu bringen.

Ein klares Nein zur Enteignungsinitiative.

Mit der überdeutlichen Ablehnung der JUSO-Enteignungsinitiative verhinderte die Schweizer Stimmbevölkerung die Zerschlagung unserer Familienunternehmen und schützte den Mittelstand vor Milliardenlöchern im Staatshaushalt. Die FDP führte das überparteiliche Komitee zum Erfolg und bewies dabei eine neue Schlagkraft: Dank modernster Kampagnentools und einer neuen Datenbank gelang es uns, das sozialistische Projekt rechtzeitig zu entlarven und die SP-Maschinerie an der Urne zu schlagen. Dieser Sieg bestärkt uns in unserem Kampf gegen die nächste linke Belastungswelle, der Klimafonds-Initiative, wobei wir statt neuer Umverteilungsfonds auf technologische Innovation und den raschen Ausbau eines CO₂-neutralen Strommix – inklusive Wasserkraft und Kernenergie – setzen.



Wir stehen zum Bilateralen Weg. Im Rahmen einer beispielhaften demokratischen Debatte bekannten sich die Delegierten in Bern im Grundsatz mit deutlicher Mehrheit zur Fortführung des bilateralen Wegs und damit zu stabilen Beziehungen mit unseren wichtigsten Handelspartnern. Statt in Hinterzimmern zu entscheiden, erarbeitete eine breite Arbeitsgruppe die Grundlage für diesen richtungsweisenden Beschluss, der unseren KMU in Zeiten globaler Unsicherheit die nötige Planungssicherheit garantiert. Dabei setzte die Basis ein unmissverständliches Signal für den Schutz des liberalen Arbeitsmarktes und eine gezielte Migration in den Arbeitsmarkt statt in die Sozialsysteme, was nun die klare Leitplanke für unsere kommende parlamentarische Arbeit bildet.

Die Heiratsstrafe ist gefallen. Mit dem parlamentarischen Ja zur Individualbesteuerung haben wir im vergangenen Jahr die bedeutendste Gleichstellungsreform seit Jahrzehnten auf den Weg gebracht und die jahrzehntelange Benachteiligung von Ehepaaren endlich beendet. Die FDP Frauen und die FDP haben diesen historischen Sieg für faire Steuern gegen den Widerstand von SVP und Mitte errungen, damit sich Arbeit künftig für beide Partner gleichermassen lohnt und die steuerliche Bestrafung von Zweitverdienenden der Vergangenheit angehört. Diese Reform ist ein klares Bekenntnis zu unserer liberalen Lebensrealität: Sie bekämpft den Fachkräftemangel, stärkt die Altersvorsorge von Frauen und entlastet die arbeitende Bevölkerung um rund 600 Millionen Franken.

Mitte-Links will dem Mittelstand das Geld aus den Taschen ziehen. Dank des entschlossenen Widerstands der FDP im Nationalrat konnte im vergangenen Jahr ein Griff in die Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger verhindert und der geplante Lohnraubzug von Mitte-Links gestoppt werden. Wir wehrten uns erfolgreich gegen die verantwortungslose Allianz aus SP und Mitte, die unter dem Deckmantel der AHV-Finanzierung zusätzliche Milliarden an Steuererhöhungen durchdrücken wollte, was jeden Haushalt jährlich über 2'000 Franken gekostet hätte. Statt die Bevölkerung immer weiter zur Kasse zu bitten, setzen wir uns weiterhin für eine ehrliche Rentenpolitik und eine AHV-Schuldenbremse ein, die den Generationenvertrag stärkt und eine faire Balance zwischen Mehrwertsteuer und dem Rentenalter schafft.

2026 – Geopolitische Unruhen, Abstimmungskämpfe, Wahlkampf. Das neue Jahr wird weiterhin innen- sowie aussenpolitisch nicht einfach werden. Die regelbasierte Weltordnung ist nicht mehr gegeben. Gleichzeitig stehen inländische diverse hochkarätige Abstimmungskämpfe an und es beginnt der Wahlkampf für das Schlüsseljahr 2027. Umso wichtiger ist es, dass die FDP mit einer klaren Vision den Weg weist: Für alle, die den Wecker stellen und Verantwortung übernehmen. Für alle, die sich eine sichere und starke Schweiz wünschen, die jeden Tag funktioniert. Für diese Menschen wird sich die FDP auch 2026 erfolgreich einsetzen.



Jonas Projer, Generalsekretär

2 Delegiertenversammlungen (DV)

Fanny Dietschi, Kommunikation Deutschschweiz

Mehr Realitätssinn und Leistung statt Ideologie und Anspruch. Wer morgens früh aufsteht und arbeiten geht, soll am Abend auch mehr vom Lohn behalten können. Wir setzen uns ein für Wohlstand, Sicherheit und Kontinuität.

2.1 Delegiertenversammlung vom 18. Januar 2025 in Bern (BE)

An der ersten FDP-Delegiertenversammlung 2025 standen jene Menschen im Mittelpunkt, die den Wecker stellen. Der arbeitende Mittelstand bezahlt immer höhere Steuern und Abgaben, während der Bund Jahr für Jahr stellen ausbaut. Zudem bezahlt der Staat im Durchschnitt einen 12 % höheren Lohn als die Privatwirtschaft und bietet Sozialleistungen, die sich ein KMU kaum leisten kann.

Gleichzeitig rufen links-grüne Politikerinnen und Politiker laufend nach mehr Subventionen und staatlichen Wohltaten. Dieser Ideologie will die FDP entgegentreten und die Mitte-Partei und die SVP daran erinnern, dass das Wort bürgerlich von Bürgern kommt. Wir werden uns einsetzen für all jene, die den Wecker stellen und am Morgen früh aufstehen und arbeiten gehen!

Zudem beschlossen die Delegierten einstimmig die Revision unserer Statuten, welche [hier](#) abgerufen werden können.¹

› [DV nochmals anschauen](#)

2.2 Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2025 in Hergiswil (NW)

Die FDP sagt ab heute Stopp. Rund 300 Delegierte haben in Hergiswil (NW) ein 9-Punkte-Programm verabschiedet, um die Menschen und ihre Arbeitsplätze zu schützen.

Für die FDP gilt künftig:

- › Keine neuen Steuern.
- › Löhne statt Sozialhilfe
- › Freihandel – mit allen
- › Generationenvertrag erneuern
- › Ja zum Entlastungspaket
- › Personalstopp beim Bund
- › Ersparnisse schützen
- › Wohneigentum ermöglichen
- › Stark für die Schwachen.

Weitere Entscheidungen:

- › JUSO-Enteignungsinitiative: Einstimmig NEIN-Parole
- › Abschaffung Eigenmietwert: 214 JA; 66 NEIN; 22 Enthaltungen
- › [DV nochmals anschauen](#)
- › [Positionspapier Wirtschaft mit allen neun Forderungen](#)

¹ Die Revision der Statuten vom 18. Oktober 2025 sind in diesem Dokument ebenfalls berücksichtigt.

2.3 Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 in Bern (BE)

Alle Augen waren am 18. Oktober 2025 auf unsere Delegiertenversammlung im Berner Wankdorfstadion gerichtet, denn: Der Grundsatzentschied zu den neuen Verträgen mit der EU stand an.

Nach sorgfältiger Vorbereitung und einer ausführlichen Debatte haben sich die FDP-Delegierten mit 330 zu 104 Stimmen für die Fortführung des bewährten bilateralen Weges ausgesprochen.

Besonders spannend war zudem die Wahl einer neuen Parteispitze: Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher (SG) und Ständerat Benjamin Mühlemann (GL) wurden mit grosser Mehrheit als Nachfolger von Ständerat Thierry Burkart (AG) gewählt und bilden somit das erste Co-Präsidium in der Geschichte der FDP. Zudem wurde Ständerat Damian Müller (LU) zum Wahlkampfchef für die eidgenössischen Wahlen 2027 ernannt.

Alle getroffenen Entscheidungen:

- › Grundsatzentscheid neue Verträge mit der EU: 330 JA; 104 NEIN; 9 Enthaltungen²
 - › Volksmehr für die neuen Verträge mit der EU: 232 JA; 189 NEIN; 4 Enthaltungen³
 - › Grundsatzentscheid zur arbeitsmarktorientierten Migration & der Bekämpfung der Einwanderung in unsere Sozialsysteme: Einstimmig JA mit 1 Enthaltung
 - › Liberaler Schweizer Arbeitsmarkt: Einstimmig JA mit 2 Enthaltung
 - › Wahl von Nationalrat Alex Farinelli (TI) als Vizepräsident: Einstimmig JA
 - › Wahl Co-Präsidium Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher (SG) & Ständerat Benjamin Mühlemann (GL): Mit grosser Mehrheit JA
-
- › [DV nochmals anschauen](#)

² Positionierung der FDP in der Vernehmlassung: Im GRUNDSATZ JA zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union.

³ Positionierung der FDP in der Vernehmlassung: Die Verträge sollen dem Volksmehr unterstehen.

3 Votations populaires

Alexis Rodrigues Mendes, responsable de campagnes

3.1 Votation fédérale du 9 février 2025

- › Initiative "pour la responsabilité environnementale" (30,2% Oui, 69,8% Non) – victoire PLR

La votation du mois de février ne portait que sur l'initiative des Jeunes Verts. Le PLR a dirigé la campagne interpartis pour le NON : coordination entre les différents acteurs, organisation de la conférence de presse nationale, campagne d'affichage sur tout le territoire, campagne digitale, annonces dans les journaux, travail médiatique.

3.2 Votations fédérales du 28 septembre 2025

- › Impôts cantonaux sur les résidences secondaires (57,7% Oui, 42,3% Non) – victoire PLR
- › Loi sur l'e-ID (50,4% Oui, 49,6% Non) – victoire PLR

Les citoyennes et citoyens se sont prononcés sur deux objets au mois de septembre. Le PLR a participé aux deux campagnes interpartis pour le OUI par le biais d'annonces, de mailings et de posts sur les réseaux sociaux

3.3 Votations fédérales du 30 novembre 2025

- › Initiative "pour l'avenir" (21,7% Oui, 78,3% Non) – victoire PLR
- › Initiative "service citoyen" (15,8% Oui, 84,2% Non) – victoire PLR

En novembre, deux objets ont été soumis en votation. Le PLR s'est avant tout concentrée sur la campagne contre l'initiative des Jeunes Socialistes (dite "pour l'avenir). Dans une première phase (printemps 2025), le PLR a mené une campagne sous ses propres couleurs (campagne d'affichage et campagne digitale), en envoyant notamment un courrier à près de 100'000 ménages (groupe-cible = propriétaires) et en lançant une série de vidéos sur les réseaux sociaux avec Elisa Strebel. Le PLR a également dirigé la campagne



interpartis pour le NON. Par le biais d'un travail médiatique soutenu, d'une campagne d'affichage et digitale à l'échelle nationale et de multiples annonces dans les principaux médias, le PLR a pu glâner une importante victoire contre la gauche. Concernant le service-citoyen, le PLR a participé à la campagne interpartis pour le NON en publiant quelques annonces.

4 Kantonale Wahlen / Parteipräsidenten-Konferenzen / Sekretären-Konferenzen

Maxime Reynaud, responsable cantons pour la Suisse latine

4.1 Kantonale Wahlen

En 2025, des élections ont eu lieu dans les cantons de Solothurn, Neuchâtel, Valais et Jura :

- › Im Kanton Solothurn wurde am 9. März 2025 gewählt. Die FDP hat 2 Sitze im Kantonsrat verloren. Peter Hodel wurde als Regierungsrat wiedergewählt.
- › À Neuchâtel, le PLR a perdu deux sièges au Grand Conseil ainsi qu'un siège au Conseil d'État. Les conseillers d'Etat sortants Laurent Favre et Crystel Graf ont été réélus.
- › En Valais, le PLR a maintenu son siège au Conseil d'État avec l'élection de Stéphane Ganzer, tandis qu'il a maintenu ses 27 sièges au Grand Conseil.
- › Au Jura, le PLR a perdu deux sièges au Parlement, tandis qu'il ne sera pas représenté au Gouvernement durant cette législature.

À Schaffhouse, le PLR a gagné un siège au Conseil des Etats grâce à Severin Brüngger. Suite à l'annulation de l'élection Simon Stocker (PS) par le Tribunal fédéral, le PLR a présenté une candidature qui a permis de représenter à nouveau le parti dans la chambre haute pour Schaffhouse.

4.2 Parteipräsidenten-Konferenzen

Durant l'année 2025, la Conférence des présidents de partis (CPP) s'est réunie 6 fois de façon ordinaire, ainsi que 2 fois de façon extraordinaire. 4 de ces séances ont eu lieu sous forme de visioconférence ainsi qu'une fois sous forme hybride.

En janvier, la CPP a effectué une deuxième lecture sur la révision complète des statuts du parti. Ces derniers ont ensuite été à nouveau partiellement révisés au mois d'octobre.

En juin, la CPP a procédé à une lecture sur le papier de position sur l'économie, adopté ensuite par les délégués à Hergiswil (NW).

En septembre, la CPP a recommandé la conseillère nationale Susanne Vincenz-Stauffacher et le conseiller aux États Benjamin Mühlemann en tant que co-présidents du parti à l'attention de l'Assemblée des délégués.

En octobre, la CPP a émis des recommandations de vote pour les délégués au sujet des nouveaux accords bilatéraux avec l'Union européenne.

4.2.1 Parolenfassungen

La Conférence des présidents de partis a pris position pour les votations fédérales suivantes :

- › Oui à la « Loi fédérale sur l'identité électronique et d'autres moyens de preuves électroniques (référendum Loi sur l'e-ID) »
- › Non à l'initiative « Pour une Suisse qui s'engage (Service citoyen) »
- › Non à l'initiative « Oui à une monnaie suisse libre et indépendante sous forme de pièces ou de billets (l'argent liquide, c'est la liberté) » et Oui à son contre-projet direct

De plus, cet organe a également donné les recommandations de votes suivantes à l'Assemblée des délégués :

- › Non à l'initiative « Pour une politique climatique sociale financée de manière juste fiscalement (Initiative des Jeunes Socialistes) »
- › Oui à l'arrêté fédéral « relatif à l'impôt immobilier cantonal sur les résidences secondaires (valeur locative) »
- › Non à l'initiative « Pas de Suisse à 10 millions ! (initiative pour la durabilité) »
- › Oui à la « loi fédérale sur l'imposition individuelle »

- › Non à l'initiative « Pour une politique énergétique et climatique équitable : investir pour la prospérité, le travail et l'environnement (initiative pour un fonds climat) ».

4.3 Sekretären-Konferenzen

La Conférence des secrétaires (SK) s'est réunie à quatre reprises durant l'année 2025. Deux de ces rencontres ont eu lieu en présentiel dans le sillage d'une Conférence des présidents de partis, tandis que les deux autres se sont déroulées en visioconférence.

Le principal sujet de discussion de ces séances aura été Tocco, le nouvel outil de gestion des membres, en remplacement d'Addressix. Cela représente un changement majeur dans l'organisation du parti et des sections cantonales.

5 Digital und Multimedia

Bruno Rytz, IT-Applikations-Manager und Datenschutzbeauftragter

Der IT-Bereich des FDP-Generalsekretariats wird per 2026 mit dem Bereich **Dienstleistungen Kantone** zusammengeführt.

5.1 IT-Infrastruktur

Die Cloudstrategie mit den Microsoft-Cloudservices ist erfolgreich und wird zukünftig weiterverfolgt. Sie wird vom Generalsekretariat aktiv mitverwaltet und begleitet. Dabei wird der Fokus auf Effizienz gelegt, wie in mehreren nachfolgenden Beispielen ersichtlich ist.

5.1.1 M365

Hauptbereiche:

- › Verwaltung Microsoft Business Premium Lizenzen
- › Administration Exchange Online Services
- › Verwaltung Sharepoint Online Speicher
- › IT-Sicherheit Services (Microsoft Defender)

5.1.2 IT-Arbeitsgeräte

Das FDP-Generalsekretariat setzt bewusst mehr auf Kosteneffizienz und Kontinuität als auf die neuesten und kostspieligsten IT-Komponenten & -Trends. Die eingesetzten Geräte stammen ausschliesslich von HP und Lenovo und sind voll einsatzfähig.

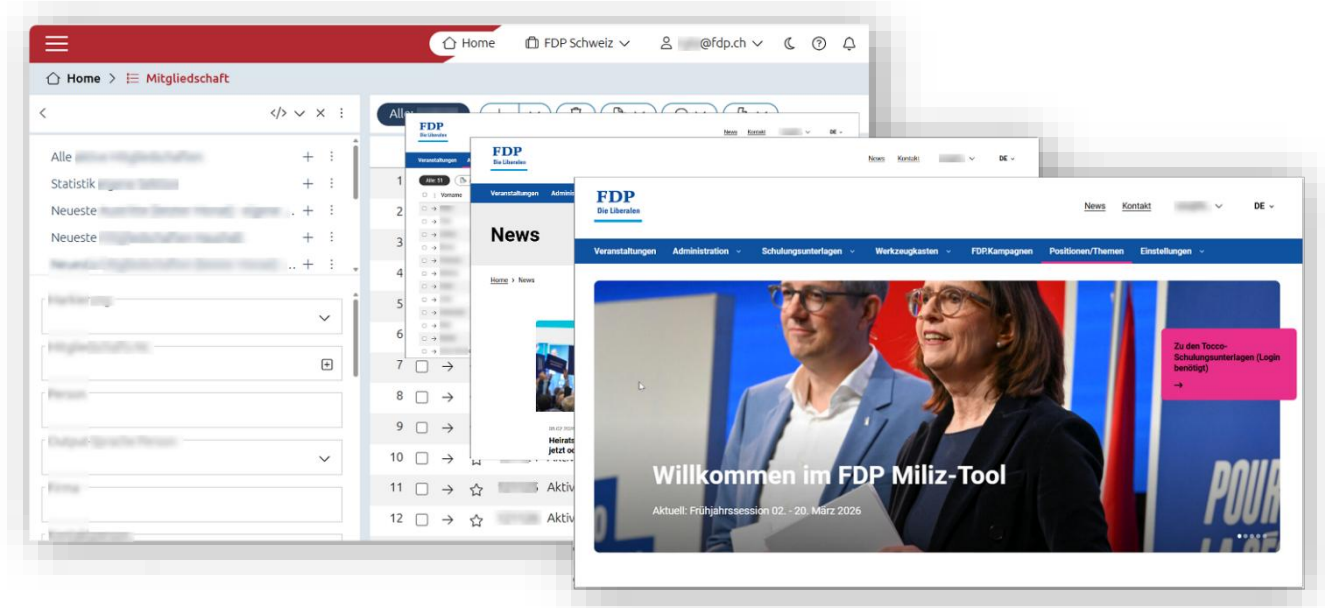
5.2 Applikationen, Tools & Services

Die Anzahl von Tools und Software hat in den letzten Jahren stetig zugenommen; in den letzten Jahren kommen stetig mehr AI-Services hinzu.

Allen Abteilungen sollen die Applikationen und IT-Services zur Verfügung gestellt werden, die sie benötigen – jedoch in einem kontrollierten Rahmen mit wiederkehrenden Reviews. Das Ziel ist, das richtige Tool zur richtigen Zeit im optimalen Umfang einzusetzen und es aber auch bei Nichtgebrauch, zeitnah und kontrolliert ausser Betrieb nehmen zu können.

5.2.1 Mitgliederdatenbank TOCCO

Das Grossprojekt der FDP wurde am 11. September 2025 erfolgreich umgesetzt.



Der technologische Schritt vom Vorsystem Addressix zu Tocco ist enorm – die Funktionsvielfalt wurde erheblich erweitert.

Die zentrale Mitgliederdatenbank mit ihren diversen Zusatzfunktionen, Tools und Schnittstellen wird auch 2026 weiter ausgebaut. Seit Herbst 2025 wurden zur Basisversion bereits drei Major Releases entwickelt und in Betrieb genommen.

5.3 Datenschutz

Im Jahr 2025 haben wir die FDP-Datenschutzrichtlinie angepasst und modernisiert sowie das FDP-Datenschutz-Konzept als auch einzelne Datenschutz-Prozesse nachgeschärft:



Datenschutzutzerklärung 2025/2026:

[FDP.Die Liberalen - Datenschutzerklärung](#)

6 Das parlamentarische Jahr 2025

Christian Steiner, Fraktionssekretär

Photo: Das Parlament nimmt die Individualbesteuerung an.

6.1 Frühjahrsession – 3. März bis 21. März 2025

6.1.1 Vier Lastwagen für ein Halleluja

Ein besonderes Schlaglicht im vergangenen Jahr war die Wahl in die Landesregierung. Zunächst fehlte nur eine einzige Stimme, doch im zweiten Wahlgang fiel die Entscheidung mehr als deutlich aus: Die Schweiz erhielt mit Martin Pfister einen neuen Bundesrat. Dem Zentralschweizer Regierungsrat gelang es damit, den vermeintlichen Start-Ziel-Sieg von Nationalrat Markus Ritter zu verhindern. Wir gratulieren Bundesrat Pfister nochmals herzlich zu seiner Wahl und zur Übernahme des VBS – einem Schlüsseldepartement für die Sicherheit unseres Landes. Die Wahl, die von manchen im Vorfeld als fast schon langweilig abgetan wurde, lockte eine beeindruckende Zahl an Beobachtern und Medienschaffenden ins Bundeshaus. In der Wandelhalle war an diesem Tag spürbar: Von einer Medienkrise kann in diesem Land keine Rede sein. Es wimmelte von Chefredaktoren, Kameras und Mikrofonen; ein Mangel an Information war nirgends feststellbar. Dass heute bereits ein Smartphone genügt, um ein solches Ereignis wirksam zu begleiten, verdeutlicht die Dynamik der modernen Medienwelt.



Die enorme Präsenz an diesem Tag hat einmal mehr bewiesen, dass der Markt lebt und Berichterstattung auch ohne staatliche Subventionen möglich ist. Umso störender wirkte der Auftritt der Staatssender, die mit der ganz grossen Kelle anrichteten: Mehrere Räume wurden ausgeräumt und nicht weniger als vier grosse Übertragungswagen vor dem Bundeshaus parkiert. Statt diesen lebendigen Markt zu akzeptieren, trugen die Journalisten von SRF mehr zur Hektik als zur Klärung bei. Etwas mehr Demut, gute Recherche und faire Berichterstattung würden hier mehr helfen, um das Verständnis in Politik und Bevölkerung zu erhalten. Es scheint, als brauche es tatsächlich den Druck der Halbierungsinitiative, um der SRG in Sachen Effizienz auf die Sprünge zu helfen. Was sonst noch in der Frühlingssession passierte, lesen Sie im [Sessionsbericht](#).

6.1.2 Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

25.3248 Ip. Fraktion RL (*Sprecherin: Jacqueline de Quattro*). **Entwaffnung der Polizei: Wie beurteilt der Bundesrat diese links-grüne Idee?**

Text:

Der Gemeinderat (Legislative) der Stadt Lausanne mit rot-grüner Mehrheit stimmte für eine teilweise Entwaffnung der Polizistinnen und Polizisten in Lausanne.

Diese Forderung erfolgte in einem Sicherheitsumfeld, das von steigender Gewaltkriminalität und terroristischen Bedrohungen geprägt ist – und dies in einer der unsichersten Städte der Schweiz.

Für die FDP ist klar: Polizeikräfte müssen jederzeit in der Lage sein, effizient auf lebensbedrohliche Situationen zu reagieren – sowohl zum Schutz der Bevölkerung als auch zur eigenen Sicherheit.

Trotz öffentlicher Kritik, einer Petition mit über 28'000 Unterschriften sowie breitem Widerstand gegen die Entwaffnung der Polizei haben sich bislang weder die SP noch die Grünen von diesem Vorhaben distanziert.

Deshalb – im Wissen, dass die Polizei in die kantonale Zuständigkeit fällt – ersuchen wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- › Wie bewertet der Bundesrat die innere Sicherheitslage, insbesondere im Hinblick auf aktuelle Entwicklungen bei Gewaltkriminalität und terroristischen Bedrohungen?
- › Wie bewertet der Bundesrat eine mögliche Entwaffnung der Polizei?
- › Welche Auswirkungen hätte eine Entwaffnung der Polizei auf die Einsatzfähigkeit und die Sicherheit der Bevölkerung, insbesondere in Krisen- und Bedrohungslagen?

25.3273 Ip. Fraktion RL (Sprecher: Philippe Nantermod). NEIN zum Verbot internationaler Adoptionen!

Text:

Aufgrund der jüngst veröffentlichten Medienmitteilung des Bundesrates vom 29.01.2025 besteht grosse Besorgnis darüber, dass das von Bundesrat Beat Jans angestrebte Verbot internationaler Adoptionen zu einem faktischen Moratorium geführt hat. Die betroffenen Familien, Institutionen und vor allem die Kinder leiden bereits heute unter der durch diese angekündigte Regelung entstandenen Ungewissheit. Die FDP kritisiert, dass ein generelles Verbot, das als Instrument zur Bekämpfung von Missbräuchen eingeführt werden soll, gleichzeitig Tausenden von Kindern die Chance auf ein liebevolles Zuhause verwehrt. Vor diesem Hintergrund wird der Bundesrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- › Bestätigt der Bundesrat, dass die Ankündigung eines Verbots internationaler Adoptionen zu erheblichen Verzögerungen im Adoptionsprozess führt und somit bereits heute gravierende Auswirkungen bei betroffenen Familien und Kindern verursacht?
- › Welche konkreten Missbrauchsfälle oder -risiken liegen der Entscheidung zugrunde, internationale Adoptionen künftig grundsätzlich auszuschliessen? Inwiefern rechtfertigen diese Fälle ein pauschales Verbot?
- › Ist der Bundesrat der Auffassung, dass ein generelles Verbot das geeignete Mittel zur Bekämpfung von Missbräuchen ist? Welche alternativen, verhältnismässigen und ethisch vertretbaren Massnahmen könnten stattdessen ergriffen werden, um Missbrauch zu verhindern und gleichzeitig die Möglichkeit internationaler Adoptionen zu erhalten?
- › Wäre es nach Auffassung des Bundesrates rechtlich möglich gewesen, den Missbrauch in internationalen Adoptionsverfahren gezielt zu bekämpfen, ohne dabei alle betroffenen Familien und Kinder in eine rechtliche und emotionale Unsicherheit zu stürzen? Bitte erläutern Sie die neutralitäts- und verfassungsrechtlichen Aspekte in diesem Zusammenhang
- › Gibt es vergleichbare Fälle in anderen Ländern, bei denen Missbrauchsfälle in internationalen Adoptionsverfahren gezielt angegangen werden konnten, ohne ein generelles Verbot auszusprechen? Falls ja, welche Lehren zieht der Bundesrat aus diesen Beispielen für die Situation in der Schweiz?
- › Wie gedenkt der Bundesrat, in Zukunft vorzugehen, um einerseits den Schutz vor Missbrauch zu gewährleisten und andererseits die dringend benötigte Perspektive für Kinder, die durch internationale Adoptionen ein liebevolles Zuhause finden könnten, zu erhalten?

25.3270 Ip. Fraktion RL (Sprecher: Heinz Theiler). Gefährliche Exportbeschränkungen schaden unserer Rüstungsindustrie – wann handelt der Bundesrat?

Text:

In diesen Tagen erleben wir die gravierendsten sicherheitspolitischen Veränderungen seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Für die FDP-Fraktion ist klar: Die Sicherheit der Schweiz muss wieder an erster Stelle stehen. Die Armee muss so schnell wie möglich wieder verteidigungsfähig werden. Dabei kommt der heimischen Rüstungsindustrie eine besondere Rolle zu, denn ohne Rüstungsindustrie gibt es keine Verteidigungsfähigkeit. Der Eigenbedarf der Schweizer Armee reicht aber nicht aus. Es ist deshalb unabdingbar, dass die Schweizer Rüstungsunternehmen verlässlich Waffen und Munition an unsere Partner exportieren können. Die aktuellen Exportrestriktionen stellen die hiesigen Rüstungsproduzenten vor grosse Herausforderungen und beeinträchtigen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit, ihre Innovationskraft und den Erhalt des industriellen Know-hows im Inland massiv. Ohne die Wiederzulassung von Schweizer Waffenexporten zwischen demokratischen Staaten unter bestimmten Bedingungen und natürlich unter der Voraussetzung, dass es sich dabei nicht um einen simplen Umgehungsversuch unserer Neutralität handelt, ist die Schweiz in einer sehr schlechten Ausgangslage. Deshalb bitten wir den Bundesrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

- › Wie bewertet der Bundesrat die Auswirkungen der aktuellen Beschränkungen für Kriegsmaterialexporte auf unsere diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu unseren engsten Partnern?
- › Der Bundesrat hat die Motion Burkart (22.3557) abgelehnt, welche der Rüstungsindustrie geholfen hätte. Die Motion wollte den Export von Schweizer Kriegsmaterial unter Wahrung der Neutralität lockern. Welche konkreten Massnahmen gedenkt der Bundesrat nun zu ergreifen, um angesichts der drohenden Verlagerung der Rüstungsindustrie ins Ausland die Produktion von Rüstungsgütern in der Schweiz zu sichern? Und welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, um das Know-how der industriellen und technischen Produktion im Rüstungsbereich in der Schweiz zu erhalten?
- › Welche wirtschaftlichen Folgen (Arbeitsplätze, Innovation, Fachwissen) haben die aktuellen Beschränkungen auf die Schweizer Rüstungsindustrie?

6.2 Sommersession – 2. bis 20. Juni 2025

6.2.1 Vielen Dank, Thierry Burkart!

Zu Beginn der letztjährigen Sommersession gab unser Parteipräsident seinen Rücktritt auf die Delegiertenversammlung im Oktober bekannt. Diese Nachricht kam unerwartet und hallte noch lange nach. Um die Nachfolge zu regeln, wurde eine Findungskommission unter der Leitung von Nationalrat Beat Walti eingesetzt. Doch schon damals war klar, dass man Thierry Burkart nicht so einfach ersetzen kann. Er hat das Profil der Partei massgeblich geschärft sowie wichtige Änderungen angestossen und konsequent umgesetzt. Eine starke freisinnige Stimme bleibt entscheidend: Zwar wurden die Abschaffung der Heiratsstrafe durch die Einführung der Individualbesteuerung und die Abschaffung des Eigenmietwerts aufgegleist, doch sie sind nach wie vor nicht in trockenen Tüchern. Beides waren und sind zentrale Schritte, um das erklärte Ziel von Thierry Burkart zu erreichen: die arbeitende Bevölkerung spürbar zu entlasten.

Es braucht aber nicht nur einen starken Mittelstand; auch der Staatshaushalt muss saniert werden. Beim entsprechenden Entlastungspaket war und ist daher weiterhin jener freisinnige Mut und Tatendrang gefragt, wie ihn Thierry Burkart verkörpert hat. Die gute Nachricht des vergangenen Jahres war, dass uns Thierry Burkart bis im Oktober als Präsident und seither weiterhin als Ständerat erhalten blieb, um den bürgerlich-liberalen Kurs der FDP fortzusetzen. Wir danken ihm bereits an dieser Stelle herzlich für alles, was er für die Partei geleistet hat und in seiner neuen Rolle weiterhin tun wird. Die weiteren Ereignisse der Sommersession lesen Sie im [Sessionsbericht](#).

6.2.2 Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

25.3552 Ip. Fraktion RL (*Sprecher: NR Walti und NR Cottier*). **Wirtschafts- und Handelsbeziehungen: Wie navigiert uns der Bundesrat durch die Turbulenzen?**

Text:

Die geopolitische Lage ist derzeit von Unsicherheit und Instabilität geprägt. Nach Jahrzehnten der Globalisierung nehmen Regionalisierung, Polarisierung und Fragmentierung zu, was den Multilateralismus schwächt. In der Wirtschafts- und Handelspolitik der Grossmächte verschiebt sich der Fokus von Markttöffnung hin zu Protektionismus und zur wirtschaftlichen Kontrolle. Aktuelle Entwicklungen wie die angekündigten US-Zusatzzölle und mögliche Gegenreaktionen, etwa von China oder der EU, belasten den internationalen Handel zusätzlich. Das ist besorgniserregend, da gute Beziehungen der Schweiz mit ihren Wirtschafts- und Handelspartnern unverzichtbar sind (siehe auch Motion 24.4512).

Mit Befriedigung stellen wir fest, dass die Schweiz einen Dialog mit den USA in Gang setzen konnte. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bundesrat mit Blick auf diese Gespräche um die Beantwortung folgender Fragen:

- › Was macht der Bundesrat konkret, um die von den USA angekündigten Zölle für die Schweiz zu verhindern?
- › Welche kurz-, mittel- und langfristigen Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um ein möglichst geregeltes Verhältnis mit den USA zu gewährleisten und die von der Trump-Regierung ausgehenden Unsicherheiten für die Unternehmen in der Schweiz bestmöglich abzdämpfen?

Die von den USA ausgelösten Unsicherheiten gehen über die rein bilateralen Handelsbeziehungen hinaus.

«Für die Schweiz als stark exportorientiertes Land ist der bestmögliche Zugang zu ausländischen Märkten zentral», wie der Bundesrat in seiner Antwort zur Motion 24.4512 schreibt. Daher bitten wir den Bundesrat, auch folgende Fragen zu beantworten:

- › Wie gewährleistet der Bundesrat, dass seine Massnahmen gegenüber den USA im Einklang mit den Interessen der Schweizer Handelsbeziehungen zu anderen wichtigen Handelspartnern wie der EU und China stehen?
- › Welche Entwicklungen und Möglichkeiten in den multi- und bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ortet der Bundesrat über die Beziehungen mit den USA hinaus?
- › Welche Risiken – nebst den durch mögliche US-Zölle ausgelösten Verwerfungen – gibt es sonst noch in der weltwirtschaftlichen Entwicklung und wie gedenkt der Bundesrat darauf zu reagieren?

25.3661 Po. Fraktion RL (*Sprecher: NR Schilliger*). **24-Stunden-Asyl: Mehr Illusion als Realität**

Text:

Seit der Bundesrat vor knapp einem Jahr das 24-Stunden-Verfahren für Asylsuchende aus Nordafrika landesweit eingeführt hat, um abgewiesene Personen rasch zurückzuführen, zeigt sich in der Praxis ein deutlich anderes Bild: Gemäss dem Staatssekretariat für Migration (SEM) dauern diese Verfahren im Schnitt 22 Tage an, statt der versprochenen 24 Stunden. Zudem hätten über 90 Prozent der Asylsuchenden aus dem Maghreb keine Identitätsnachweise, also Pässe, Ausweise oder andere Dokumente, womit sich die Rückführung in die Heimatstaaten als sehr schwierig erweist. Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- › Wie viele Personen wurden im Jahre 2025 bereits dem 24-Stunden-Verfahren unterstellt?
- › Bei wie vielen Personen davon reichte auch ein 24-Tage-Verfahren nicht? Was sind die Gründe für das überlange Verfahren?
- › Wie lange dauert es im Mittel zwischen dem negativen Asylentscheid und der effektiven Rückführung von Personen aus Nordafrika?
- › Wie viele der im Jahr 2025 im 24-Stunden-Verfahren entschiedenen Gesuche wurden bislang tatsächlich rückgeführt?

- › Mit welcher durchschnittlichen Dauer zwischen Entscheid und Rückführung zeichnet sich diese Gruppe aus?
- › Welche konkret geplanten oder bereits umgesetzten Massnahmen ergreift der Bundesrat, damit Rückführungen von abgewiesenen Asylsuchenden aus Nordafrika künftig zeitnah und im angekündigten 24-Stunden-Rahmen durchgeführt werden können?

25.3669 Po. Fraktion RL (*Sprecher: NR Giacometti*). Überprüfung und allfällige Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen für eine rasche Katastrophenhilfe des Bundes

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht aufzuzeigen, welche gesetzlichen Regelungen für die zeitnahe Unterstützung einer inländischen Katastrophenhilfe vorhanden sind bzw. fehlen. Der Bericht soll darlegen, welche Voraussetzungen, Zuständigkeiten und Verfahren für finanzielle und organisatorische Unterstützungsleistungen des Bundes im Falle von Naturkatastrophen oder anderen Schadensereignissen grosser Tragweite bestehen oder geschaffen werden müssten.

Insbesondere soll der Bericht:

- › die Bedingungen für die Soforthilfe präzisieren,
- › die Rolle des Bundes gegenüber betroffenen Kantonen und Gemeinden klären,
- › die Zusammenarbeit mit bestehenden Systemen (z.B. Versicherungen, Zivilschutz, Armee, Kantone) untersuchen,
- › und eine rechtliche Bewertung der aktuellen Regelungen (z.B. Bevölkerungsschutzgesetz [SR 520.1], Militärgesetz [SR 510.10], Finanzhaushaltsgesetz [SR 611.0], Art. 57 und 5a BV) vornehmen.

Der Bericht soll zudem aufzeigen, ob eine gesetzliche Grundlage für eine standardisierte und rechtsstaatlich abgesicherte Unterstützung in Katastrophenfällen nötig ist, beispielsweise in Form einer spezialisierten Bundesgesetzgebung.

Begründung:

Der Bergsturz vom 28. Mai 2025 im Dorf Blatten im Kanton Wallis hat auf dramatische Weise gezeigt, wie rasch und umfassend Naturereignisse Schweizer Gemeinden treffen können. Das Ereignis führte zur Evakuierung der Bevölkerung, zur Zerstörung der Infrastruktur und zu einem Bundesratsantrag auf finanzielle Soforthilfe mittels dringlichem Bundesgesetz – ein Schritt, der zwar notwendig war, jedoch die ad-hoc-Charakteristik solcher Hilfen unterstreicht.

Es stellt sich die Frage, ob die heutige Gesetzgebung ausreicht. Zur Aufarbeitung dieses Defizits soll der Bundesrat auch eine Übersicht über Bundesbeiträge bei Naturereignissen der letzten zehn Jahre vorlegen, insbesondere – aber nicht ausschliesslich – zu:

- › Berg- und Felsstürzen in Blatten/VS (2025), Brienz/GR (2023/24), Bondo/GR (2017),
- › Überschwemmungen und Murgänge (u.a. 2024 im Wallis und Tessin, 2021 Brienz/BE, Cressier/NE, Berner Jura, Waldenburg, Sissach/BL, Vordemwald/AG, March/SZ),
- › Starkregenereignissen 2021,
- › Stürmen wie Eleanor/Burglind (2018), Ciara/Sabine (2020), Tornado in La Chaux-de-Fonds/NE (2023).

Für diese Ereignisse sollen, soweit möglich, die finanziellen Mittel, die Bedarfslage, die verwendeten Rechtsgrundlagen und die Auswirkungen zusammengefasst und analysiert werden.

6.3 Herbstsession – 9. September bis 26. September 2025

6.3.1 Schneller, höher, weiter

Dass die Mühlen der Gesetzgebung oft quälend langsam mahlen, zeigte sich im vergangenen Jahr einmal mehr am Beispiel der Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Bereits im Jahr 2016 reichte der damalige Nationalrat Thierry Burkart eine parlamentarische Initiative ein, um das Recht an die Gegebenheiten des Homeoffice anzupassen. In der Zwischenzeit veränderten 5G, eine Pandemie und Microsoft Teams unsere Arbeitswelt grundlegend – doch die Gesetzeslage blieb lange starr auf Büroräume, Faxgeräte und Festnetztelefone ausgerichtet. Erst jetzt, fast zehn Jahre nach der Einreichung, nähert sich die Beratung ihrem Abschluss. Auch dort, wo das Parlament mit einem sogenannten «Beschleunigungserlass» eigentlich Tempo machen wollte, hiess es am Ende doch wieder: warten, warten, warten. Zwei Jahre wurde an der Vorlage gefeilt, ohne dass der ganz grosse, geniale Durchbruch gelang.

Die Resultate blieben letztlich bescheiden und führten uns vor Augen, dass Zeitenwenden, Krisen und Notlagen zwar für viel politischen Aktivismus sorgen, der Realitätscheck aber meist ernüchternd ausfällt. Ein „Schneller, höher, weiter“ ist im parlamentarischen Betrieb oft nicht möglich. Am Ende stand jedoch, was wir in der Schweiz am besten können: eine vielleicht unspektakuläre, aber unter dem Strich zufriedenstellende und gutschweizerische Lösung. Weitere Probleme und Lösungen lesen Sie im [Sessionsbericht](#).

6.3.2 Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

25.3984 Mo. Fraktion RL (*Sprecher: Alex Farinelli*). **Für gesunde Bundesfinanzen: Subventionsüberprüfung optimieren**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die Subventionsprüfung gemäss Subventionsgesetz (SuG) so anzupassen, dass daraus ein Paket für einen Abbau von schädlichen Subventionen hervorgeht.

Begründung:

Subventionen stehen häufig in einem suboptimalen Kosten-Nutzen-Verhältnis, da sie in der Regel mit Fehlanreizen und Marktverzerrungen einhergehen. Deshalb ist eine sorgfältige Subventionsüberprüfung essenziell. Insbesondere vor dem sich abzeichnenden strukturellen Defizit im Bundeshaushalt ist es wichtig, dass der Bund die Subventionen und Aufgaben des Bundes fundiert prüft.

Zwar führt der Bundesrat bei bestehenden Subventionen alle sechs Jahre eine Subventionsüberprüfung durch (siehe Subventionsgesetz, SuG). Jedoch besteht der Verdacht, dass es bei der Subventionsüberprüfung beachtliches Optimierungspotenzial gibt. Zum Beispiel liess Serge Gaillard in der NZZ vom 7. September 2024 verlauten: «Wir waren selbst überrascht, auf welches Sparpotenzial wir gestossen sind.» Ein nicht unbeachtlicher Teil dieses Sparpotenzials ist bei diversen Subventionen zu orten.

Der Bundesrat muss in der Umsetzung der vorliegenden Motion verschiedene Varianten zur Optimierung der Subventionsüberprüfung berücksichtigen. U.a. könnte der Bundesrat prüfen, ob es sinnvoll wäre, den sechsjährigen Prüfzyklus zu verkürzen. Ebenso muss der Bundesrat Optimierungen bzgl. des Formats der Ergebnisse der Subventionsüberprüfung prüfen. Eine Subventionsüberprüfung muss mit einem Massnahmepaket für das Parlament (ähnlich wie beim Gaillard-Bericht bzw. der darauffolgenden Botschaft des Bundesrates zum Entlastungspaket 2027) angereichert werden.

Es ist nicht auszuschliessen, dass eine optimierte Subventionsüberprüfung einen Mehraufwand und Verwaltungskosten mit sich bringt. Der Bundesrat sollte Lösungen suchen, mit denen die Verwaltungskosten möglichst gering gehalten werden.

25.3985 Po. Fraktion RL (*Sprecher: Daniela Schneeberger*). **Für alle, die den Wecker stellen: Keine neuen Steuern für den Mittelstand**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, mit welchen Massnahmen er den Mittelstand in der Schweiz steuerlich entlasten und vor Abgaben schützen will. Der Bericht soll insbesondere:

- Aufzeigen, wie die Steuer- und Abgabenlast für Arbeitnehmende im Mittelstand gesenkt werden kann.
- Die Auswirkungen verschiedener Entlastungsmodelle auf die Kaufkraft, das Wirtschaftswachstum und die Bundeseinnahmen analysieren Text.

Begründung:

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft und leistet einen wesentlichen Beitrag zu Wohlstand und sozialem Zusammenhalt. Er besteht aus all jenen, die jeden Morgen den Wecker stellen, zur Arbeit gehen, Verantwortung übernehmen und mit ihrem Einsatz den Staat, die Wirtschaft und das Gemeinwesen tragen.

Heute werden diese Leistungsträger jedoch durch hohe Steuer- und Abgabenlast, steigende Lebenshaltungskosten und zunehmende Regulierungen unter Druck gesetzt. Arbeit wird in der Schweiz doppelt belastet – durch Einkommenssteuern und Konsumsteuern – und die Lücke zwischen vereinbartem Bruttolohn und effektiv ausbezahltem Nettolohn ist bereits beträchtlich.

25.3986 Po. Fraktion RL (*Sprecher: Daniela Schneeberger*). **Die Schweiz darf nicht den Musterknaben spielen: OECD-Mindeststeuer überprüfen**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen:

- welche volkswirtschaftlichen, fiskalischen und standortpolitischen Effekte die Einführung der OECD-Mindeststeuer in der Schweiz bisher entfaltet hat,
- wie erfolgreich und effizient die Implementation der OECD-Mindeststeuer verläuft, insbesondere im Vergleich zu anderen OECD-/EU-Staaten,
- welche Herausforderungen sich in der praktischen Umsetzung für Bund, Kantone und Unternehmen ergeben,
- ob die aktuellen Diskussionen in der G7 sowie das Nicht-Mitmachen von wichtigen Volkswirtschaften Voraussetzungen für einen Ausstieg schaffen und wie dieser Ausstieg aussehen könnte.

Begründung:

Die Schweiz hat die OECD-Mindeststeuer eingeführt in der Erwartung, dass viele andere Länder nachziehen. Dies hat sich nicht bestätigt. Angesichts der Tatsache, dass die aktuelle US-Regierung internationale Abmachungen mit Füßen tritt, ist nicht damit zu rechnen, dass weitere Staaten die Steuer einführen.

Das ist stossend, weil die OECD-Mindeststeuer die steuerliche Eigenständigkeit der Schweiz massiv einschränkt und Unternehmen mit zusätzlichen Auflagen belastet. Die Regelung wurde unter internationalem Druck eingeführt, ohne dass klar ist, welche Effekte sie tatsächlich bringt. Aktuell müsste die Schweiz wohl damit rechnen, dass andere Staaten zumindest einen Teil des Steuersubstrats abschöpfen würden, falls sie aus der Mindestbesteuerung ausstiege. Hält die Schweiz aber an der Mindeststeuer fest, besteht mittelfristig die Gefahr, dass Investitionen abwandern, die wirtschaftliche Dynamik gehemmt und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Steuersystems geschwächt werden.

Der Bundesrat muss die Auswirkungen der OECD-Mindeststeuer deshalb kritisch prüfen und offenlegen. Nur so kann beurteilt werden, ob die Schweiz sich mit dieser Regelung einen echten Vorteil verschafft oder ob Anpassungen notwendig sind, um den Standort zu schützen und zu stärken.

25.3988 Ip. Fraktion RL (*Sprecher: Daniela Schneeberger*). **Ist der Bundesrat bereit, jetzt bei den schädlichen Regulierungen zu bremsen?**

Text:

Das internationale Umfeld ist zunehmend von Unsicherheit geprägt. Die USA verfolgen eine Neuausrichtung ihrer Handelsbeziehungen und stellen sich gegen die OECD-Mindeststeuerreform. In der EU hingegen liegt der Schwerpunkt verstärkt auf der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit sowie dem Abbau administrativer Hürden für Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund hat der Bundesrat am 20. August 2025 kommuniziert, einen «Schwerpunkt auf regulatorische Entlastung der Unternehmen» zu setzen. In den bestehenden Regulierungen seien Entlastungen «zu prüfen». Weiter schreibt der Bundesrat: «Bei noch nicht abgeschlossenen Vorhaben mit hohen Kostenfolgen für Unternehmen soll auch die Möglichkeit einer Verschiebung geprüft werden.»

Die FDP.Die Liberalen hat diese Ankündigungen erfreut zur Kenntnis genommen. Der Druck ist aktuell insbesondere auf die Exportwirtschaft enorm. Statt zu prüfen, sind daher sofortige und konkrete Massnahmen gefordert.

Wir bitten den Bundesrat, folgende Anknüpfungsfragen zu beantworten:

- Bei welchen Regulierungen gedenkt der Bundesrat, Entlastungen zu prüfen? Und welche konkreten Regulierungen und Vorhaben will der Bundesrat bezüglich einer Verschiebung überprüfen?
- Ist der Bundesrat bereit, nicht nur zu prüfen, sondern sofortige Entscheide zugunsten einer Entlastung der betroffenen Branchen zu fällen und überbordende Regulierungen – bestehende als auch nicht abgeschlossene Vorhaben – jetzt zu stoppen?
- Einige Branchen (etwa Uhrenindustrie, Maschinenbau, Metallindustrie, Elektroindustrie oder gewisse Bereiche der Lebensmittelindustrie) sind bereits heute massiv von Trumps willkürlichen Zöllen betroffen. Welche spezifischen Massnahmen sieht der Bundesrat für diese Branchen vor, um sie vor aufwändiger Bürokratie und schädlichen Regulierungen zu entlasten?
- Die Pharmaindustrie als bedeutendste Exportbranche der Schweiz ist mit enormen Zolldrohungen konfrontiert. Welche spezifischen Massnahmen sieht der Bundesrat vor, um die Pharmabranche vor aufwändiger Bürokratie und schädlichen Regulierungen zu entlasten?

25.4067 Mo. Fraktion RL (*Sprecher: Christian Wasserfallen*). **Geordneter Ausstieg für Schutzstatus S**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament bis spätestens Ende März 2026 eine umfassende Exitstrategie für den Schutzstatus S vorzulegen. Die Strategie hat einen Vorschlag für die geordnete Aufhebung von S zu enthalten, inklusive die Schaffung der dazu notwendigen rechtlichen Grundlagen sowie einen Umsetzungs- und Finanzierungsplan. Dabei müssen die rechtsstaatlichen Garantien (Asylzugang, Non-Refoulement, individuelle Prüfung, Härtefälle) gewahrt werden.

Begründung:

Die Schweiz trägt seit Beginn des Krieges eine erhebliche Aufnahmeverantwortung. Per Juli 2025 befinden sich 69'426 Personen mit Schutzstatus S in der Schweiz; 42'908 sind im erwerbsfähigen Alter, 14'495 stehen in einem Arbeitsverhältnis. Die Lastenverteilung ist ungleich, Gemeinden und städtische Räume berichten über Engpässe bei Unterkünften, Schulen und Gesundheitsversorgung.

Vor diesem Hintergrund braucht es eine verbindliche Exitstrategie, die folgende Ziele zusammenbringt:

- Es darf keinen automatischen, kollektiven Übergang in einen neuen Status geben.
- Jeder Fall wird individuell überprüft. Die Strategie legt den dafür erforderlichen Personal- und Ressourcenbedarf offen. Positive Asylentscheide sind in bestehende Aufenthaltstitel (z. B. B-Aufenthalt) einzuordnen.

- › Ziel des Status muss eine geordnete und möglichst frühe Rückkehr sein. Dies kann durch ein degressives, zweckgebundenes Unterstützungsangebot vor Ort erleichtert werden.
- › Für Personen in Ausbildung gelten verhältnismässige Fristen. Mitwirkung sowie Arbeits-/Ausbildungsnachweise sind einzufordern.
- › Bei einer Ablehnung des Gesuchs braucht es, sofern möglich, eine Rückführung. Sollten die Personen aufgrund der Gefahrenlage nicht zurückgeschafft werden können, darf ihnen nur Nothilfe gewährt werden.

Der Bundesrat soll dabei einen konkreter Personalplan (Dolmetscher, juristische Ressourcen etc.) entwerfen und Vorschläge zum Mittelaufbau zur Sicherstellung der Einzelfallprüfungen und des Vollzugs machen. Ziel muss es sein, die Kantone und Gemeinden durch eine klare Finanzierungsarchitektur (Bundesmittel, Fonds, transparente Abrechnung) und operative Massnahmen zu entlasten.

Bereits vorbereitende Massnahmen müssen jetzt getroffen werden (Weisungen, IT-Terminierung, Reserve-Kapazitäten). Ein klarer Zeitplan schafft die nötige Planungssicherheit, erlaubt rechtzeitige Verordnungsänderungen und stellt sicher, dass Evaluationsmechanismen eingeplant werden können.

25.4068 Mo. Fraktion RL (*Sprecher: Peter Schilliger*). **Pilotprogramm KI-Assistenz in Asylverfahren**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament einen Vorschlag zu unterbreiten und die notwendigen Vollzugsmassnahmen zu treffen, damit das Staatssekretariat für Migration (SEM) und das Bundesamt für Zoll und Grenzschutz (BAZG) innert 12 Monaten ein Pilotprogramm zur Erprobung von KI-gestützten Assistenzsystemen in ausgewählten Teilen der Asylaufnahme startet.

Begründung:

Die Asylverfahren stehen unter hohem Effizienzdruck. Technisch klar umrissene Pilotprojekte können Routineaufgaben übernehmen, ohne die rechtsstaatliche Prüfung zu ersetzen. Das neue Datenschutzgesetz verlangt bereits DSFA-Prüfungen bei risikobehafteter Datenbearbeitung; die DSFA-Richtlinien des Bundes konkretisieren Ablauf und Transparenzpflichten. Damit besteht eine geeignete rechtliche Grundlage, welche ein Pilotprojekt nutzen und ergänzen muss. Der Bund hat eine Auslegeordnung zur KI-Regulierung erarbeiten lassen; die Schweiz ist zudem in internationale Prozesse (Council of Europe Framework Convention) eingebunden. Es ist deshalb sinnvoll, Pilotprojekte zu testen, die an internationale Standards anschliessbar sind. Ein frühzeitiges, transparentes Vorgehen stärkt die Vertrauensbasis.

KI-Assistenz kann Routineaufgaben beschleunigen (bessere Erkennung von Dokumentenbetrug, effizientere Nutzung von Dolmetschern, raschere Fallselektion) und so personelle Ressourcen für komplexe rechtsstaatliche Entscheidungen freimachen. Internationale Erfahrungen (z. B. Kanada, UNHCR-Leitlinien) zeigen, dass Analytics für Triage sowie digitale Assistenzsysteme sinnvoll eingesetzt werden können. Dies stets unter strenger menschlicher Kontrolle. Diese Effizienzgewinne sind angesichts der vielen hängigen Asylverfahren sehr willkommen.

Die Forschung bestätigt, dass KI-Technologien in EU-Staaten bereits in Asyl- und Migrationsprozessen geprüft oder eingesetzt werden (z. B. für Triage, Übersetzungs-/Chatbot-Assistenz, Dokumentenprüfung, Altersschätzung). Viele Anwendungen sind experimentell; die EU-Debatte und Berichte fordern Transparenz und Schutzmechanismen. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen: Kanada setzt bereits Advanced-Analytics ein, um Antragsbestände vorzuselektieren und so die Bearbeitungskapazität deutlich zu erhöhen. Ein Gewinn, den auch die Schweiz durch eine eng begrenzte Triage-Unterstützung realisieren könnte.

25.4114 Mo. Fraktion RL (Sprecher: Philippe Nantermod). Für gesunde Bundesfinanzen: Klare Kostenreduktion beim Resettlement-Programm

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, das Resettlement-Programm so auszurichten, dass die Anzahl der im Rahmen dieses Programms aufgenommenen Personen verbindlich und deutlich reduziert wird und damit die damit verbundenen Kosten substantiell sinken.

Begründung:

Die Schweiz übernimmt humanitäre Verantwortung. Dies wird von der Fraktion der FDP nicht in Frage gestellt. Gleichzeitig benötigen wir gesunde Bundesfinanzen; wir müssen sparen und haben ein Ausgabenproblem. Die Bundesaussgaben wachsen stetig. Wir müssen das Wachstum bremsen, um die Schuldenbremse zwingend einzuhalten.

Die vorliegenden Planungen betreffend Resettlement-Programm sehen beträchtliche Mittel vor: Der Bundesrat bewilligte ursprünglich für das Programm 2024–2032 ein maximales Budget von 233,1 Mio. CHF (bei 1'600 Personen); die Projektion für 800 Personen (400 in 2026 und 400 in 2027) müsste mit rund 118,3 Mio. CHF berücksichtigt werden. Diese Grössenordnung macht deutlich, dass kosmetische Einsparungen von ein paar Millionen nicht genügen; es braucht substantielle, tiefgreifende Reduktionen oder Effizienzgewinne, damit das Programm mit den fiskalpolitischen Zielen vereinbar ist. Die Kantone und Gemeinden sind durch die zusätzlichen finanziellen und administrativen Belastungen des Resettlement-Programms bereits stark überlastet, was die Notwendigkeit substantieller Kostenreduktionen weiter unterstreicht.

Die Motion zielt darauf ab, humanitäres Engagement mit fiskalischer Verantwortung zu verbinden: Resettlement darf nur dort stattfinden, wo es effizient, planbar und haushaltsrechtlich abgesichert ist. Durch verbindliche Einspar- und Transparenzpflichten wird sichergestellt, dass die Mittel zielgerichtet, wirkungsvoll und mit Rücksicht auf die finanzpolitischen Rahmenbedingungen eingesetzt werden.

6.4 Wintersession – 1. Dezember bis 19. Dezember 2025

6.4.1 Zahlen, Fakten und Behauptungen

Ich mach mir die Welt, wie sie mir gefällt – ganz nach der Logik von Pippi Langstrumpf agierten Teile des linken Spektrums während der vergangenen Budgetdebatte. Besonders exemplarisch war der Auftritt von Tamara Funicello, die eine Erhöhung des Bundesbeitrags für das Gleichstellungsbüro um eine Million Franken zur existenziellen Grundsatzfrage erhob. Die Behauptung, dass ohne diese Aufstockung – bei einem Gesamtetat von rund 90 Milliarden Franken – die Gewalt gegen Frauen nicht verschwinden werde, war eine grossspurige Übertreibung, auf die viele Medien leider bereitwillig hineinfliegen.

Doch auch auf der anderen Seite des politischen Spektrums wurde im vergangenen Jahr gerne mit unbelegten Behauptungen operiert. So forderte die SVP einmal mehr eine rigide Steuerung der Zuwanderung, ohne jedoch aufzuzeigen, wie dies konkret umgesetzt werden soll und welche Branchen die Konsequenzen zu tragen hätten. Ob man künftig auf den Maurer verzichten will, der unsere Schulhäuser baut, oder auf den dringend benötigten Kinderarzt, blieb die Gegenseite schuldig. In beiden Fällen wurde Polemik als vermeintliche Lösung präsentiert. Es bleibt zu hoffen, dass die Wählerinnen und Wähler diesen Mangel an Sachpolitik erkennen und entsprechend einordnen. Weitere wichtige Aspekte zum Umsetzungen finden Sie im [Sessionsbericht](#).

6.4.2 Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

25.4438 Ip. Fraktion RL *(Sprecher: Olivier Feller)*. **Wie geht es weiter mit Präsident Trumps neuem Zollhammer?**

Die USA haben in einem Joint Statement mit der Schweiz angekündigt, den Zollhammer auf Schweizer Exporte von 39 % auf 15 % zu senken. Das ist zwar immer noch sehr hoch, verleiht unseren Unternehmen jedoch gleich lange Spiesse wie die EU sie hat. Für die Schweizer Wirtschaft ist jetzt entscheidend, dass Klarheit über den weiteren Prozess und den Inhalt der Verhandlungen geschaffen wird.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- › An welchem Datum wird die Senkung der US-Zölle von 39 auf 15 Prozent zugunsten unserer Exportunternehmen in Kraft treten? Welcher Zeitplan ist für welche Schritte genau vorgesehen?
- › Gemäss Punkt 5b des Joint Statements planen die Schweiz und die USA eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Exportkontrollen und Sanktionen der USA. Was bedeutet das genau?
- › Wie möchte der Bundesrat das Handelsdefizit bis 2028 verringern und welche Folgen hat das für die Schweizer Wirtschaft? Wird der Dienstleistungsbereich in den Verhandlungen miteinbezogen?
- › Was sind die Konsequenzen für die Schweiz, wenn Schweizer Unternehmen massiv in den USA investieren? Welche Massnahmen ergreift der Bundesrat, damit die Schweiz wirtschaftlich konkurrenzfähig bleibt?
- › Besteht aufgrund der von Schweizer Unternehmen angekündigten Investitionen in den USA nicht die Gefahr, dass der Schweiz mit einem Investitionsprüfgesetz Investitionen verwehrt bleiben, die für unsere Wirtschaft, den Schutz unserer Arbeitsplätze und den Schweizer Mittelstand von höchster Bedeutung wären?
- › Gemäss Punkt 5 des Joint Statements der USA und der Schweiz scheint es, als ob die Schweiz verpflichtet wäre, mit den USA im Bereich der Investitionen aus Drittländern zusammenzuarbeiten. Ist daraus zu schliessen, dass die Schweiz bestimmte Investitionen aus dem Ausland ablehnen müsste, wenn die USA dies von uns verlangen?
- › Was heisst es, die grenzübergreifende Datenübertragung zu vereinfachen, wie im Punkt 4a des Joint Statements festgehalten ist?
- › Was bedeutet eine reziproke Konformitätsbewertung, wie in Punkt 3a des Joint Statements erwähnt, insb. mit Blick auf die Zulassung von Fahrzeugen?
- › Wie beurteilt der Bundesrat die Situation, sollte der U.S. Supreme Court die Zölle als nicht gerechtfertigt bestimmen?
- › Erachtet der Bundesrat die Zugeständnisse im Agrarbereich für die Schweizer Landwirtschaft als akzeptabel?

25.4514 Mo. Fraktion RL *(Sprecher: Alex Farinelli)*. **Entlastungspaket 2029 jetzt aufgleisen**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, ein wirksames Entlastungspaket vorzulegen, das an das Entlastungspaket 2027 anknüpft. Das Paket legt den Fokus auf ausgabenseitige Massnahmen und zielt auf strukturelle Reformen.

Begründung:

Die finanzielle Misslage des Bundes spitzt sich zu. Trotz Entlastungspaket 27 droht bereits in wenigen Jahren ein strukturelles Defizit in Milliardenhöhe. Der Bund muss nun seine Ausgaben konsequent priorisieren. Die Alternativen, wie neue Schulden, höhere Steuern oder der Verzicht auf die nötigen Investitionen in die Sicherheit der Schweiz, sind allesamt unbefriedigend. Dabei ginge es auch anders. Die Expertengruppe Gaillard hat aufgezeigt, dass substantielle Einsparungen möglich und realistisch sind.

Es braucht daher ein weiteres Entlastungspaket. Anknüpfungspunkte gibt es genügend.

- › So wächst die Bundesverwaltung ungebremst weiter. Der Bund hat in den letzten Jahren fast 5000 Stellen geschaffen. Bei einem Durchschnittslohn von 131'000 Franken gibt das 6 Milliarden. Pro Jahr!

- › Subventionen dürfen nur zurückhaltend gesprochen werden und müssen wiederkehrend überprüft werden. Zudem müssen Regulierungen, die den KMU und dem Mittelstand das Leben erschweren und keinen Nutzen haben, eliminiert werden.
- › Der Föderalismus muss gestärkt werden: Die Kantone sollen mehr Verantwortung und mehr Gestaltungsspielraum erhalten.
- › Die Auswüchse im Sozialstaat müssen enden. Überall wo Missbrauch droht, muss genau hingeschaut werden. Und die Schweiz braucht eine AHV, die nicht vom Gesundheitszustand der Bundesfinanzen abhängt.

Nur dank einer konsequenten Ausgabendisziplin und strukturellen Reformen gewinnt der Bund den nötigen finanziellen Spielraum zurück. Diesen braucht er, um die nötigen Investitionen in die Sicherheit zu leisten und damit seine wichtigste Staatsaufgabe zu erfüllen.

25.4513 Mo. Fraktion RL *(Sprecher: Peter Schilliger)*. **Ehe als Umgehung der Ausschaffung**

Text:

Der Bundesrat wird beauftragt, die notwendigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, damit missbräuchliche Eheschliessungen verhindert werden, die einzig oder überwiegend dazu dienen, abgewiesene Asylentscheide oder Wegweisungen zu umgehen.

Begründung:

In der Praxis kommt es vor, dass Heiraten als Instrument genutzt werden, um Abweisung oder Wegweisung zu umschiffen — etwa wenn eine in der Schweiz lebende Person mit Wegweisung im Verfahren oder mit einem rechtskräftigen negativen Entscheid während oder kurz vor einer Heirat steht, und die Ehe zum Zweck des Aufenthaltsantrags oder Familiennachzugs geschlossen wird. Solche Konstellationen führen zu Rechtsunsicherheit, erschweren den Vollzug des Ausländerrechts und untergraben die Integrität des Familiennachzugs. Die bestehenden Regelungen im AIG setzen zwar Rahmenbedingungen für Familiennachzug, lassen aber Lücken bei der Erkennung, der Koordination zwischen Zivilstandsämtern und Migrationsbehörden sowie bei der Durchsetzung von Sanktionen gegen missbräuchliche Praktiken offen.

Zivilstandsämter verfügen häufig nicht über aktuelles Wissen zum ausländerrechtlichen Status einer Person (insbesondere zu hängigen Wegweisungen oder laufenden Vollstreckungen). Dadurch können Trauungen stattfinden, ohne dass der mögliche Missbrauch rechtzeitig erkannt wird. Kantone handhaben Prüfpflichten und Beweismassnahmen unterschiedlich; es fehlen verbindliche, standardisierte Prüfungsabläufe. Selbst wenn eine Ehe später als offensichtlich missbräuchlich eingestuft wird, ist die rückwirkende Korrektur (z. B. Versagung des Aufenthalts aufgrund Scheinehe) rechtlich und faktisch schwierig und führt zu langwierigen Verfahren. Die Rechtsprechung verlangt konkrete Anhaltspunkte für die Annahme einer Scheinehe, was die Beweisführung erschwert.

7 Nahestehende Organisationen

7.1 FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Bettina Balmer, Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz und Céline Büchel, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz

Das politische Jahr 2025 war insbesondere geprägt von der Individualbesteuerung sowie dem Wechsel im Präsidium der FDP Frauen Schweiz. Nachdem der Nationalrat bereits 2024 dem Gesetz über die Individualbesteuerung zugestimmt hat, hat dies 2025 nun auch der Ständerat getan. In der Sommersession 2025 wurde das Gesetz in der Schlussabstimmung – wenn auch knapp – gutgeheissen. Es war phasenweise ein richtiger Politikthriller, umso schöner das Happy-End im Bundeshaus mit einem JA zur Individualbesteuerung und einem JA zum bundesrätlichen Gegenvorschlag, dem Gesetz über die Individualbesteuerung. Leider wurde im Anschluss daran das Referendum durch gesellschaftspolitisch konservative Kreise ergriffen (Mitte, SVP und EDU sowie EVP). Ausserdem haben 10 Kantone das Kantonsreferendum eingereicht, letztere vor allem aufgrund Befürchtungen von vermehrter Bürokratie. Dennoch sind wir FDP Frauen zuversichtlich, die für den 8. März 2026 geplante Abstimmung gemeinsam mit dem überparteilichen Komitee zu gewinnen. Es ist eine grosse Freude und Ehre für die FDP Frauen, dass auch die FDP Schweiz als Mutterpartei und die Jungfreisinnigen die Individualbesteuerung und den bundesrätlichen Gegenvorschlag als Leuchtturmprojekt der gesamten FDP bezeichnen.

7.1.1 Generalversammlung mit Wechsel im Präsidium der FDP Frauen Schweiz

Die jährliche Generalversammlung fand am 8. März 2025 in Aarau (AG) statt. Diese von mehr als 100 Personen besuchte Veranstaltung fand am geschichtsträchtigen Tag der Frau statt und stand im Zeichen des Präsidialwechsels: Nationalrätin Susanne Vincenz Stauffacher trat nach fünf Jahren als Präsidentin der FDP Frauen Schweiz zurück. Ihre grosse Arbeit zugunsten der FDP Frauen Schweiz wurde von mehreren Ehrengästen gewürdigt, unter anderem hielten der Parteipräsident Thierry Burkart und Nationalratspräsidentin Maja Riniker eine lobende Abschiedsrede. Susanne Vincenz Stauffacher verkörperte als Persönlichkeit insbesondere die Initiative zur Individualbesteuerung und habe das Profil sowie die öffentliche Wahrnehmung der FDP Frauen deutlich geschärft. Als neue Präsidentin der FDP Frauen Schweiz wurde Nationalrätin Bettina Balmer gewählt. Sie versprach, weiterhin für freisinnig-liberale Werte einzustehen, namentlich einer progressiven, freisinnig-liberalen Politik treu zu bleiben. Im Fokus solle dabei auch zukünftig die Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehen, insbesondere die Individualbesteuerung. Weitere Anliegen seien gleicher Lohn bei gleicher Arbeit, faire Renten, Gendermedizin, Bildung und Sicherheit. Anschliessend an den Präsidialwechsel erfolgte die Verabschiedung zweier langjähriger und geschätzten Vorstandsmitglieder: Elisabeth Zwicky Mosimann und Saskia Schenker wurden von der Geschäftsleitung für ihr tatkräftiges Wirken lobend verdankt und verabschiedet. Neu in die Geschäftsleitung der FDP Frauen gewählt wurde die Unternehmerin Salome Zeintl.

Als Gastgeberinnen waren die FDP Frauen Aarau für ein stimmiges Rahmenprogramm verantwortlich. Die Ausstellung «Blumen für die Kunst» im Kunsthaus Aarau war dabei ein grosses Highlight, die floralen Interpretationen von Blumenkünstlern zu ausgewählten Werken des Kunsthauses beeindruckten sehr. Das an die Versammlung anschliessende Mittagessen gab Gelegenheit zum ungezwungenen Austausch zwischen FDP-Frauen aus der ganzen Schweiz.

7.1.2 Nationalratspräsidentin und Bundespräsidentin

Nach der Wahl zur Nationalratspräsidentin in der Wintersession 2024 hat Nationalrätin Maja Riniker dieses Amt im Jahr 2025 ausgezeichnet ausgeführt. Die FDP Frauen sind sehr stolz, dass mit Maja Riniker ein Mitglied von uns mit viel Optimismus und grosser Souveränität das Amt der höchsten Schweizerin im Jahr 2025 ausgeübt hat. Auch unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat das von einigen Turbulenzen geprägte Präsidialjahr hervorragend gemeistert. So galt es beispielsweise die CS in die UBS zu integrieren oder den amerikanischen Zollhammer zu

verkräften. Sogar der Präsident der USA war beeindruckt von unserer Bundespräsidentin, auch wenn er das in seiner eigenen Art zum Ausdruck brachte. Nochmals ein grosses DANKE unseren beiden FDP-Frauen!

7.1.3 Neue und bestehende kantonale Frauen Sektionen

Nach der Retraite mit der Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz im Bundeshaus anfangs Mai 2025 war klar, dass sich zukünftig keine inhaltlichen Veränderungen im politischen Programm der FDP Frauen Schweiz ergeben, zumal insbesondere die Individualbesteuerung weiterhin ein Schwerpunkt für die FDP Frauen darstellt. Die neue Präsidentin der FDP Frauen Schweiz setzt aber auf die Gründung neuer Frauen-Sektionen und nahm dies im Jahr 2025 bereits engagiert an die Hand. Dank dem grossen Einsatz von freisinnigen Frauen im Kanton Basel und Kanton Baselland, Glarus, Nidwalden und Thurgau konnten in den jeweiligen Kantonen die Aktivitäten von freisinnig-liberalen Frauen verstärkt werden: In Basel fusionierten die FDP Frauen Stadt Basel mit den neu gegründeten FDP Frauen Basel Landschaft am 12.9.2025 zu den FDP Frauen beider Basel. Im Kanton Glarus erfolgte die Gründungsfeier der FDP Frauen Glarus am 2.12.2025. In Nidwalden trafen sich FDP Frauen aus Nidwalden mit Obwaldner Frauen am 29.9.2025, eine neue Sektion FDP Frauen in Unterwalden ist geplant. Die Thurgauer Frauen haben keine Sektion gegründet, sich aber als Netzwerk Womomentum zusammengeschlossen, ein erstmaliger, sehr gut besuchter Event fand am 24.6.2025 statt, weitere Anlässe sind angekündigt.

Nebst den Besuchen in neuen FDP Frauensektionen und dem neuen FDP Frauennetzwerk im Thurgau hat die neue Präsidentin auch bestehende kantonale Frauensektionen besucht und sich in jedem der bisher besuchten Kantone über das grosse Engagement der Präsidentinnen, des Vorstandes und aller FDP Frauenmitglieder gefreut: So geht Frauenpower auf freisinnig-liberale Art – wir packen zu, setzen selbst um, unterstützen dabei aber selbstverständlich auch diejenigen, die es trotz wiederholter eigener Versuche nicht selbst schaffen.

7.1.4 Geschäftsstelle

Nachdem an der Generalversammlung die Geschäftsführerin Flavia Aebli im gegenseitigen Einvernehmen verabschiedet wurde, trat mit Céline Büchel eine engagierte und sehr motivierte Mitarbeiterin der Geschäftsstelle der FDP Schweiz die Nachfolge an. Mit ihrer langjährigen Erfahrung als Strategieberaterin in renommierten Unternehmen und ihrer Tätigkeit als Dozentin an der Universität Zürich für Wirtschaftschemie bringt Céline Büchel wertvolle Expertise mit, um die FDP Frauen weiter voranzubringen und hat den Versprechungen auch bereits Taten folgen lassen. Die Muttertagsaktion 2025 war beeindruckend, ebenso bspw. die Weckeraktion am Frauenstreiktag. Auch ist ihr Einsatz zugunsten der Individualbesteuerung erheblich und weit über das hinaus, was man von einer zu 50% besetzten Geschäftsstelle erwarten darf. Der Wechsel in der Geschäftsführung führte auch zu einem Wechsel des Sitzes der Geschäftsstelle von St. Gallen zurück nach Bern.

7.2 FDP.Die Liberalen Service Public

Simone Richner, Präsident FDP.Die Liberalen Service Public

Liebe Mitglieder und Freunde der FDP.Die Liberalen Service Public

Das Jahr 2025 war für unsere Sektion spannend und arbeitsintensiv. Im Vorstand und Präsidium gab es zwar – anders als im Vorjahr – keine personellen Wechsel, dafür aber inhaltliche Verschiebungen und neue Aufgabenteilungen innerhalb des Teams. Wir bedanken uns herzlich für das grosse Vertrauen, das Sie uns geschenkt haben. Es hat uns ermöglicht, uns als Vorstand gut einzuspielen, Verantwortung zu übernehmen und die Arbeit konsequent weiterzuentwickeln.

7.2.1 Monatliche Netzwerk-Lunches

Unsere monatlichen Netzwerk-Lunches in Bern sind inzwischen eine feste Grösse. Die steigende Teilnehmerzahl und der lebendige Austausch zeigen: Das Format trifft ein Bedürfnis und schafft echten Mehrwert. Besonders freuen wir uns, dass wir ab nächstem Jahr auch die beliebten Netzwerk-Lunches in Zürich wieder aufnehmen

werden. Im Vorstand haben wir unsere Aufgaben und Funktionen gezielter aufgeteilt – entlang unserer Stärken – und damit neue Perspektiven eröffnet sowie die Umsetzungskraft erhöht.

7.2.2 Generalversammlung 2025 im Restaurant Schöngrün

Die Generalversammlung 2025 im Restaurant Schöngrün war ein voller Erfolg. Wir danken Ihnen nicht nur für Ihre Teilnahme, sondern auch für die wohlwollende Stimmabgabe für Präsidium und Vorstand. Das vergangene Jahr war geprägt von einer intensiven Aufbau- und Entwicklungsphase – und wir sind überzeugt: Wir haben als Vorstand spürbare Fortschritte erzielt und klare Ziele für die nächste Etappe gesetzt.

7.2.3 Sommeranlass

2025 konnten wir erstmals einen Sommeranlass einführen. Unser Vorstandsmitglied Konstanze Zingg organisierte ein Boccia-Spiel mit Apéro. Bei wunderschönem Wetter und herrlicher Kulisse entstanden viele gute Gespräche – genau das, wofür unsere Plattform steht: Begegnung, Austausch und Vernetzung. Diesen Sommeranlass möchten wir weiterführen und sind offen für Ideen und Anregungen aus der Mitgliedschaft.

7.2.4 Traditionelles Schiessen

Dank Michael Ostertag konnten wir auch dieses Jahr wieder unser traditionelles Schiessevent durchführen. Dass die Einladung leider zu spät erfolgt ist, bedauern wir und entschuldigen uns dafür. Wir nehmen das als klaren Auftrag mit: In den kommenden Jahren wollen wir früher planen, besser koordinieren und damit auch mehr Teilnehmende erreichen.

7.2.5 Anlass «Enkeltrickbetrug»

Am 10. September 2025 durfte die FDP Service Public im Hotel Schweizerhof Bern einen eindrücklichen Vortrag von Staatsanwalt Rolf Rüdiger (Abteilung Wirtschaftsdelikte, Staatsanwaltschaft Bern) verfolgen. Vor zahlreichen interessierten Mitgliedern und Gästen zeigte er die perfide Welt des Telefonbetrugs auf – von klassischen Enkeltrick-Maschen bis zu modernen Varianten, bei denen sich Täter als Polizisten, Bankangestellte oder Sicherheitsdienste ausgeben.

Die geschilderten Fälle waren erschütternd: Besonders ältere und alleinstehende Menschen werden gezielt emotional unter Druck gesetzt. Innert Minuten erschleichen sich Täter Vertrauen – und erbeuten in der Folge hohe Geldbeträge. Ein Originalmitschnitt eines Täuschungsgesprächs machte deutlich: Diese Täter kennen keine Skrupel. Der Abend war nicht nur informativ, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung und Prävention.

7.2.6 Vorstand, Gremien und Konferenzen

Als Vorstand sind wir in den parteiinternen Strukturen präsent und vernetzt. Dazu gehört insbesondere die regelmässige Teilnahme an Parteipräsidentenkonferenzen und Delegiertenversammlungen. Diese Treffen sind für die Koordination, die strategische Ausrichtung und den Informationsfluss innerhalb der Partei zentral – und für unsere Arbeit als Service-Public-Plattform von hoher Bedeutung.

7.2.7 Ausblick auf das Jahr 2026

Im November fand traditionell unsere Generalversammlung statt. Dieses Jahr konnten wir Jonas Lüthi, Präsident der JFS als Gast gewinnen, der uns ihre Initiative «Verwaltungsbremse» vorgestellt hat, welche zu einer hitzigen aber konstruktiven Diskussion geführt hat.

Den erfolgreichen Netzwerk-Lunch führen wir weiter – und bauen ihn, wie erwähnt, auch in Zürich wieder aus. Weitere Veranstaltungen nimmt der Vorstand, wie heute vorgestellt, aktiv in Angriff. Zudem soll das Fraktionsapéro im Jahr 2026 wieder stattfinden.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre aktive Teilnahme und Ihr Engagement im vergangenen Jahr und freuen uns auf ein weiteres erfolgreiches Jahr 2026.

7.3 FDP International

Helen Freiermuth, Präsidentin FDP.Die Liberalen International

Die FDP International als Sektion für die Auslandschweizer hat drei Grundaufträge:

1. Unsere Mitglieder im Ausland informieren über das politische Geschehen in der Schweiz und die Positionen der FDP dazu.
2. Die Aussensicht unserer Mitglieder mit ihren Erfahrungen und Expertisen in die Partei und die Schweizer Politik hineintragen.
3. Nach liberalen Lösungen suchen, um das Leben als Schweizer im Ausland einfacher zu gestalten.

7.3.1 Mitglieder informieren

Auch 2025 führten wir wieder digitale Sessionsrückblicke durch. Parlamentarier orientieren an diesen Veranstaltungen über die behandelten Geschäfte und stehen für Fragen und Austausch zur Verfügung. Dieser direkte Kontakt ist nicht nur für unsere Mitglieder wertvoll, sondern auch für die teilnehmenden Parlamentarier, ermöglicht er ihnen doch ein besseres Verständnis für die Anliegen und Ansichten der Auslandschweizer. 2025 standen für uns die Bilateralen Verträge mit der EU im Zentrum der politischen Diskussion, haben diese doch einen direkten Impact auf die rund 500'000 Auslandschweizer im EU-Raum. Im März sowie an einer Mitgliederversammlung vor der DV im Oktober organisierten wir Mitgliederversammlungen zu diesem Thema und profitierten von den profunden Kenntnissen von unserem ehemaligen Präsidenten François Baur, Economiesuisse, der über den aktuellen Stand zu den Verhandlungen orientierte. In Parolen-Mails orientierten wir über Abstimmungen und aktuelle politische Themen. Physische Treffen unserer Mitglieder sind schwierig, da sie in über 40 Ländern auf allen Kontinenten leben. Immerhin wird die GV jeweils hybrid durchgeführt, sodass sich wenigstens Mitglieder in der Schweiz treffen und bei einem anschliessenden Nachtessen den Kontakt pflegen können. Zudem fanden auch 2025 wieder die monatlichen After-work-Treffen LibDrinks in Zürich zum Austausch unter Gleichgesinnten statt.

7.3.2 Aussensicht in die Partei einbringen

Die FDP International ist den Kantonalparteien gleichgestellt und somit an den Parteipräsidenten-Konferenzen vertreten. An den eidgenössischen Delegierten-Versammlungen nehmen wir mit 5 im Ausland lebenden Delegierten teil.

2025 profitierten wir vom Umstand, dass gleich drei unserer Vorstandsmitglieder in Asien leben und arbeiten. Sie alle verfassten je einen Artikel für den «Freisinn» und rückten damit die immer wichtigere Weltregion Asien in den Fokus.

7.3.3 Lösungen für Auslandschweizer

Bei der Suche nach liberalen Lösungen, um das Leben für unsere Landsleute im Ausland einfacher zu gestalten und Hürden abzubauen, arbeiten wir eng mit der Auslandschweizer-Organisation ASO zusammen. Unser Vorstandsmitglied NR Laurent Wehrli ist zugleich Vizepräsident der ASO, während ich selbst auch im 11-köpfigen ASO-Vorstand mitarbeite. Rund ein Dutzend der gewählten Delegierten im Auslandschweizerrat ASR sind Mitglied der FDP International. Ein enger Austausch und Synergien sind somit gegeben, die Zusammenarbeit ist gut und von Vertrauen geprägt.

Dennoch ist es nicht einfach, Fortschritte zu erzielen. So geht die Einführung von E-Voting nur schleppend voran – ein zentrales Anliegen, um die politischen Rechte im Ausland wahrnehmen zu können.

Wir pflegen auch den Austausch mit dem EDA. 2025 nahmen wir eine alte Tradition wieder auf und organisierten einen Apéro für die Teilnehmer an der jährlich stattfindenden Botschafterkonferenz des EDA. Mit 50 (!) Anmeldungen aus dem diplomatischen Korps hatten wir eine Rekordbeteiligung. Der Anlass wurde sehr geschätzt und vielfach verdankt. Leider waren das Echo und die Teilnahme von Fraktionsmitgliedern eher bescheiden.

7.4 Jungfreisinnige Schweiz

Jonas Lüthy, Präsident Jungfreisinnige Schweiz und Lea Bünter, Generalsekretärin Jungfreisinnige Schweiz

Im Jahr 2025 haben die Jungfreisinnigen Schweiz ein deutliches Zeichen gegen den schleichenden Staatsausbau gesetzt. Mit dem einstimmigen Beschluss zur Lancierung der Verwaltungsbremse-Initiative übernehmen wir die politische Vorreiterrolle im Einsatz für eine effiziente, schlanke und finanzierbare Bundesverwaltung. Künftig soll das Wachstum der Personalausgaben an die Einkommensentwicklung der arbeitenden Bevölkerung gekoppelt werden. Damit sichern wir die Schweiz als Freiheits- und Perspektivenland – auch für kommende Generationen.

Unsere Analyse zeigt, dass die Regulierungsdichte und der Personalausbau längst ein besorgniserregendes Ausmass erreicht haben. Seit 2010 ist das Bundesrecht um zehntausende Seiten gewachsen – und mit ihm die Bürokratie. Wie unser Präsident Jonas Lüthy treffend betont, schwächt ein Staat, der sich zunehmend selbst beschäftigt, die Innovationskraft der Gesellschaft. Die öffentliche Hand zieht qualifizierte Fachkräfte aus der Privatwirtschaft ab, verschärft so den Fachkräftemangel und drosselt den unternehmerischen Elan.

Mit der Verwaltungsbremse schaffen wir das institutionelle Gegengewicht, das bisher gefehlt hat. Was die Schuldenbremse für die Finanzen ist, soll die Verwaltungsbremse für die Personalentwicklung werden: ein Automatismus, der die Staatsausgaben begrenzt und Effizienz belohnt. Die Verwaltung muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – Digitalisierung und Skaleneffekte sollen Wachstum durch Qualität, nicht durch Quantität ermöglichen.

Nach intensiver inhaltlicher Arbeit und einem breiten Dialog mit Expertinnen und Experten haben wir den Initiativtext Ende 2025 der Bundeskanzlei übergeben. Damit ist der Grundstein gelegt für das nächste Kapitel unseres Engagements. 2026 wird das Jahr der Umsetzung – wir starten mit der Unterschriftensammlung und bringen damit unsere Vision einer effizienten, fairen und freiheitsorientierten Schweiz auf die Strasse.

8 Anhang – Annexe

8.1 Vernehmlassungsantworten / Réponses aux consultations

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet <https://www.fdp.ch/aktuell/vernehmlassungen> / <http://www.plr.ch/actualites/consultations/> abgerufen werden

E-Mail: info@fdp.ch

8.2 Vorstand per 31. Dezember 2025 – Comité directeur au 31 décembre 2025

Co-Präsidium

Vincenz-Stauffacher	Susanne	Nationalrätin (SG)
Mühlemann	Benjamin	Ständerat (GL)

Vizepräsidenten / Vice-présidents

Caroni	Andrea	Ständerat (AR)
Aellen	Cyril	conseiller national (GE)
Bettschart-Narbel	Florence	Présidente du PLR VD (VD)
Farinelli	Alex	Nationalrat (TI)
Silberschmidt	Andri	Nationalrat (ZH)

Vorstand / Comité directeur

Cottier	Damien	conseiller national (NE) : e.o. président du groupe parlementaire
Schneeberger	Daniela	Nationalrätin (BL): e.o. Vizepräsidentin der Faktion
Wicki	Hans	Ständerat (NW): e.o. Vizepräsident der Fraktion
Balmer	Bettina	Nationalrätin (ZH): e.o. Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen
Lüthy	Jonas	e.o. Präsident Jungfreisinnige

Mitglieder ohne Stimmrecht

Ständige Gäste / Vertretung des Generalsekretariats

Müller	Damian	Ständerat (LU) in der Funktion als Wahlkampfleiter
Projer	Jonas	Generalsekretär
Michel	Adrian	Stv. Generalsekretär

8.3 Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2023 – Comité du Groupe au 31 décembre 2023

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsident / Président du Groupe

Cottier	Damien	conseiller national (NE)
---------	--------	--------------------------

Vizepräsidenten / Vice-présidents

Schneeberger	Daniela	Nationalrätin (BL)
Wicki	Hans	Ständerat (NW)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem

Vincenz-Stauffacher	Susanne	Nationalrätin (ZH), Co-Präsidentin
Mühlemann	Benjamin	Ständerat (GL), Co-Präsident
Caroni	Andrea	Ständerat (AR), Vizepräsident Partei
Silberschmidt	Andri	Nationalrat (ZH), Vizepräsident Partei

Gewählte Mitglieder / Membres élus

De Montmollin	Simone	conseillère nationale (GE), membre élu
Von Falkenstein	Patricia	Nationalrätin LDP (BS), gewähltes Mitglied

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux

Cassis	Ignazio
Keller-Sutter	Karin

Partei e.o. / Parti e.o.

Demarmels	Matia	Kommunikationschef (seit Januar 2025)
Projer	Jonas	Generalsekretär (seit Juli 2024)
Steiner	Christian	Fraktionssekretär (seit Oktober 2022)

8.4 Kontakte – Contacts

Generalsekretär FDP.Die Liberalen / Secrétaire général du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Jonas Projer

Neuengasse 20, Postfach, 3001 Bern

projer@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35

www.fdp.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen Frauen / Présidente du PLR Femmes Suisse

Bettina Balmer

Neuengasse 20, 3011 Bern

info@fdp-frauen.ch

www.fdp-frauen.ch

Präsident FDP Service Public / Président du PLR Service Public

Simone Richner

FDP Service Public, 3000 Bern

vorstand@fdp-servicepublic.ch

www.fdp-servicepublic.ch

Präsidentin FDP.Die Liberalen International / Présidente du PLR International

Helen Freiermuth

Neuengasse 20, 3011 Bern

freiermuth@fdp-international.com

Präsident Jungfreisinnige / Président des jeunes libéraux-radicaux

Jonas Lüthy

Neuengasse 20, 3011 Bern

www.jungfreisinnige.ch